

Stans, 08. September 2023

Medienmitteilung

Für die FDP.Die Liberalen Nidwalden geht die Revision des Pensionskassengesetzes PKG zu weit!

Zurzeit läuft die Vernehmlassung zur Revision des kantonalen Pensionskassengesetzes PKG. Ziel der Vorlage ist es, die Attraktivität der Pensionskasse Nidwalden weiter zu steigern und das Rentenniveau trotz Senkung des Umwandlungssatzes zu halten. Um diese Ziele zu erreichen, will der Regierungsrat tief in die Staatskasse greifen. Die FDP zweifelt daran, ob diese Mehrkosten aktuell sinnvoll und vertretbar sind. Ferner gilt es zu beachten, dass auch die Gemeinden und viele weitere staatsnahe Betriebe – die ihre Arbeitnehmenden bei der Pensionskasse Nidwalden versichern – von diesen zukünftigen Mehrkosten Jahr für Jahr belastet werden.

Mit der angedachten Revision erhalten die Versicherten der PK NW eine Lösung, die weit über den bundesgesetzlichen Vorgaben liegt. Die Lösung bringt bei einer versicherten Person mit einem Jahreseinkommen von rund CHF 100'000.00 ein mehr als doppelt so hohes Alterskapital als dies durch das Bundesgesetz zwingend gefordert wird. Hier sprechen wir von rund einer Million Schweizer Franken projiziertes Alterskapital! Da die Alterskapitalien mit einer eher pessimistischen Prognose hochgerechnet werden, wird das Alterskapital wohl noch deutlich höher ausfallen. Die FDP fordert daher, die kostspieligen Sparsätze zu reduzieren und die Anlagen – entsprechenden dem langen Anlagehorizont geschuldet – realistischer zu projizieren.

Weiter verursacht die Beitragsaufteilung hohe Kosten für die Arbeitgeber. Diese übernehmen neu nicht 50 Prozent der Beiträge, wie gesetzlich gefordert, sondern rund 58 Prozent. Die angedachte PKG-Revision birgt die Gefahr, dass sich die der PK NW angeschlossenen Arbeitgeber weiter von den gängigen Modellen der Privatwirtschaft entfernen und so weitere Arbeitnehmende aus der Privatwirtschaft abziehen. Dass der Staat als Arbeitgeber immer attraktiver und eine ernstzunehmende Konkurrenz für die Privatwirtschaft wird, stört die FDP. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels sollte der Staat seine Verantwortung ernstnehmen und die Wirtschaft mit liberal gehaltenen Rahmenbedingungen stärken und diese nicht dadurch schwächen, indem Mitarbeitende aus der Privatwirtschaft mit monetären Anreizen in die Verwaltungen gezogen werden.

Die FDP stellt nicht in Frage, dass sich die Pensionskassenlösung für das Staatspersonal mit den umliegenden, öffentlichen Kassen messen muss. Mit dieser PK-Revision eine Lösung, für die hohe Fluktuation beim Staatspersonal zu suchen, erachten wir als Irrglaube. Die Pensionskassenlösung ist ein «Puzzle-Teil» von vielen, das für die Arbeitnehmenden wichtig ist. Von der Nidwaldner Regierung erwarten wir zwingend zusätzliche Massnahmen, wie z.B. Entwicklungen hinsichtlich nachhaltiger Mitarbeiterzufriedenheit, Diversity, ein ansprechender Aussenauftritt als Arbeitgeber sowie Weiterbildungs- und Karrieremöglichkeiten innerhalb der Verwaltung.

Des Weiteren stellt sich uns die Frage, weshalb unser Kanton eine eigene PK betreibt und diese Leistung nicht zu attraktiven Konditionen am freien Markt einkauft. Ebenfalls kritisch hinterfragen könnte man den Aspekt, dass staatsnahe Betriebe wie die Nidwaldner Kantonalbank, das Elektrizitätswerk Nidwalden, die Nidwaldner Sachversicherung, u.v.m. verpflichtet werden, ihre Mitarbeitenden bei der Nidwaldner PK zu versichern. Das ein Banker am Ende einen identischen Pensionskassenplan erhält wie beispielsweise ein Netzelektriker oder ein Verwaltungsangestellter, erachten wir als sinnlos.

Aktuell ist die Revision der beruflichen Vorsorge BVG auf Bundesebene am Laufen. Die FDP nimmt erfreut zur Kenntnis, dass die Parameter dieser Revision in der Nidwaldner Lösung bereits akzentuiert wurden. Sollte die Revision auf Bundesebene weitere Anpassungen auf kantonaler Ebene zur Folge haben, werden wir unser Augenmerk darauf richten, dass kein weiteres Mal tief in die Staatskasse gegriffen wird.

Die FDP.Die Liberalen Nidwalden setzen sich konsequent für eine tiefe Staatsquote ein. Daher beurteilen wir diese Revision als kritisch. Wir erwarten daher vom Regierungsrat, dass die Vorlage nochmals überarbeitet und die damit verbundenen jährlichen Kosten gesenkt werden. Sollte dies nicht der Fall sein, werden wir in den landrätlichen Debatte entsprechende Anträge stellen.

Kontakt:

- › Raphael Bodenmüller, Präsident FDP.Die Liberalen Nidwalden, 079 682 58 35
- › Dominik Steiner, Fraktionschef FDP.Die Liberalen Nidwalden, 079 385 05 07
- › Roland Käslin, Landrat FDP.Die Liberalen Beckenried, 079 719 37 58